

**BERICHT
ZUR STUDIE**

EINKOMMENSGERECHTIGKEIT IN DEUTSCHLAND

EIN FORSCHUNGSPROJEKT DER UNIVERSITÄTEN KONSTANZ UND BIELEFELD

MAI 2010

Universität Konstanz

**Prof. Dr. Thomas Hinz
Katrin Auspurg
Anja Joos
Judith Schwarz**

Postfach: D40
78457 Konstanz
Tel. 07531/883300

Universität Bielefeld

**Prof. Dr. Stefan Liebig
Carsten Sauer
Meike May**

Postfach: 10 01 31
33501 Bielefeld
Tel. 0521/1064634

Einleitung

In den öffentlichen Debatten der letzten Jahre über Mindestlohn und Managergehälter ging es immer auch um die Frage, was ein gerechtes Einkommen und eine gerechte Belohnung für die am Arbeitsplatz erbrachten Leistungen ist. Die Vorstellungen darüber, was gerecht ist, sind von Person zu Person sehr unterschiedlich. Manche meinen, man müsse Managergehälter begrenzen, weil ein Einkommen, das den Lohn eines einfachen Arbeiters um ein Vielfaches übersteigt, ungerecht ist. Andere wiederum sind gegen jegliche Einkommensobergrenzen und begründen dies damit, dass derjenige der viel leistet, auch viel verdienen sollte. Ähnlich gehen die Meinungen beim Thema Mindestlohn auseinander. Auch hier werden Standpunkte mit Verweis auf die soziale Gerechtigkeit untermauert. Etwa dann, wenn gefordert wird, dass ein Vollzeit Erwerbstätiger ohne zusätzliche Sozialtransfers von seinem Lohn leben und seine Familie versorgen können sollte. Ganz unabhängig davon, was Politiker, Medienvertreter und Experten als Maßstab für ein gerechtes Einkommen anlegen, ist es ein Ziel der nachfolgend vorgestellten Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“ herauszufinden, welche Vorstellungen von Einkommensgerechtigkeit in der Bevölkerung bestehen. Es geht um die Frage, wer wie viel verdienen sollte und woran sich ein gerechtes Einkommen bemisst. In der Studie wird das Bruttoeinkommen, also das Erwerbseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben, betrachtet. Damit steht die Gegenleistung des Arbeitgebers für die Arbeitsleistungen des Arbeitnehmers im Mittelpunkt.

Wie Erwerbstätige ihr eigenes Einkommen bewerten, ist nicht nur für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung interessant, sondern es werden damit ebenso ganz praktische Fragen angesprochen. Man weiß inzwischen beispielsweise, dass die eigene Leistungs- und Einsatzbereitschaft am Arbeitsplatz unmittelbar von dem Gefühl bestimmt ist, ob man sich gerecht entlohnt fühlt. Ungerechtigkeit in der Entlohnung führt zu Leistungszurückhaltung, erhöhten Fehlzeiten oder gar erhöhten Diebstahlquoten im Betrieb. Außerdem zeigen bisherige Untersuchungen, dass anhaltende Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz nicht nur zu psychischen, sondern auch zu physischen Krankheitssymptomen führt – etwa zur Zunahme an Herz- und Kreislauferkrankungen. Dies sind allesamt Folgen erlebter Ungerechtigkeit, die nicht nur für Betriebe, sondern

ebenso für das Gemeinwesen (z.B. durch erhöhte Kosten im Gesundheitssystem) nachteilig sind.

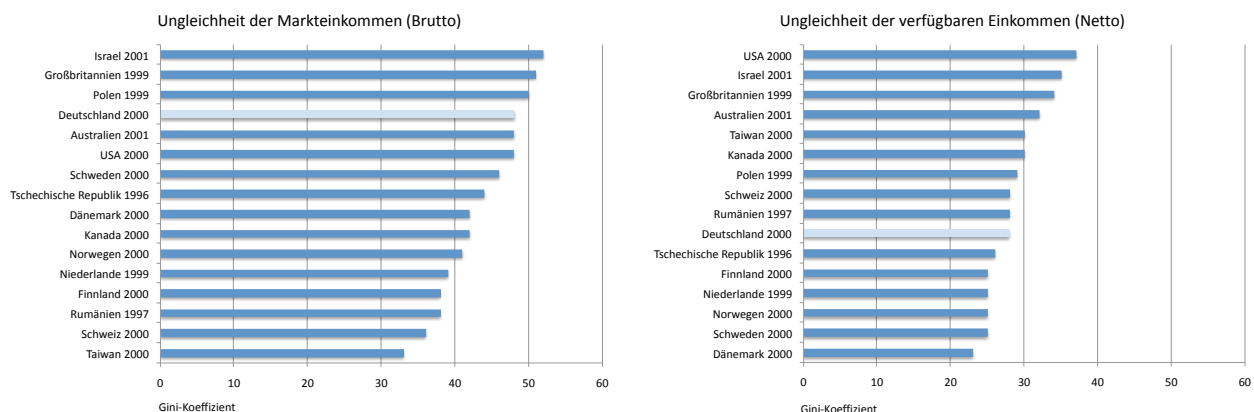
Welches Einkommen für eine erwerbstätige Person als gerecht angesehen wird, hängt von einer Vielzahl von Merkmalen ab. Neben der Leistung am Arbeitsplatz können die Qualifikation, das Alter, die familiäre Situation, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens oder der ausgeübte Beruf eine Rolle spielen. Je nach subjektiver Einschätzung soll die Leistung das alles entscheidende Merkmal darstellen oder es sind etwa die Ausbildung und die familiäre Situation besonders wichtig. Genau diese individuellen Unterschiede bei der Bewertung nimmt die vorliegende Studie zum Anlass, um ein in der Umfrageforschung relativ neues Verfahren anzuwenden und die Vorstellungen zur Einkommensgerechtigkeit genauer als bisher abzufragen. Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse vorgestellt.

Einkommensungleichheiten in Deutschland – Tatsächliches Ausmaß und ihre Bewertung

In einer Marktwirtschaft ist der Bruttolohn, den jemand für seine Arbeit erhalten kann, zunächst einmal abhängig von dem Angebot und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Wer über Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügt, die nur wenige andere haben und die zudem von Arbeitgebern dringend benötigt werden, der kann ein höheres Einkommen erzielen. Umgekehrt erhalten diejenigen, die über Qualifikationen verfügen, die sie mit vielen anderen teilen und für die ein geringer Bedarf seitens der Arbeitgeber besteht, eher niedrigere Löhne. In einer sozialen Marktwirtschaft gilt, dass die individuelle Einkommenshöhe nicht ausschließlich von den Angebots- und Nachfragebedingungen abhängig ist, weil etwa Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsame Tarifverträge aushandeln oder weil einzelne Berufsgruppen besonders hohe Einkommen durchsetzen können. Zugleich existieren bestimmte Regelungen dafür, welche Voraussetzungen jemand erfüllen muss, um bestimmte Berufe ausüben zu können. Die Funktionsweise des Arbeitsmarkts und die ihn regulierenden Institutionen begründen also eine Ungleichheit der erzielten Einkommen. Vergleicht man die bestehende Einkommensungleichheit in Deutschland mit anderen Industrieländern, so wird deutlich, dass die Einkommensungleich-

heit in Deutschland sehr unterschiedlich ausfällt, je nachdem, welche Art von Einkommen man betrachtet. Zieht man das am Arbeitsmarkt erzielte Bruttoeinkommen (Markteinkommen) heran und vergleicht das Ausmaß an Ungleichheit, wie es in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit Hilfe des sogenannten Gini-Koeffizienten gemessen wird – je größer der Wert ist, um so ungleicher sind die Einkommen –, so weist Deutschland im Jahr 2000 eine vergleichsweise hohe Ungleichheit auf. Das Ausmaß an Ungleichheit ist etwa so groß wie in den USA und Australien. Deutschland teilt sich mit diesen Ländern den vierten Rangplatz (Abb. 1). Größere Ungleichheit der Markteinkommen findet sich in Polen, Großbritannien und Israel, niedrigere dagegen in Schweden, den Niederlanden oder der Schweiz. Vergleicht man jedoch die Ungleichheit der Nettoerwerbseinkommen, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und nach dem Erhalt von Transferleistungen wie Kindergeld, Wohngeld etc., so befindet sich Deutschland im Mittelfeld der betrachteten Länder: die Einkommensungleichheit nach Umverteilung ist deutlich geringer als in den USA, Israel, Großbritannien oder Australien, sie erreicht etwa das Niveau der Schweiz, ist aber höher als in Schweden oder den Niederlanden. Insgesamt wird deutlich, dass die staatlichen Eingriffe in die marktbasiertere Verteilung von Einkommen in Deutschland zu einer deutlichen Verringerung von Einkommensungleichheit führen.

Abb. 1: Ungleichheit im Einkommen von Erwerbstätigen in OECD Ländern



Quelle: Brandolini, A. und T. M. Smeeding, 2009: Income inequality in richer and OECD countries. S. 71-100 in: Salverda, W., B. Nolan und T. M. Smeeding (Hrsg.), The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford: Oxford University Press.

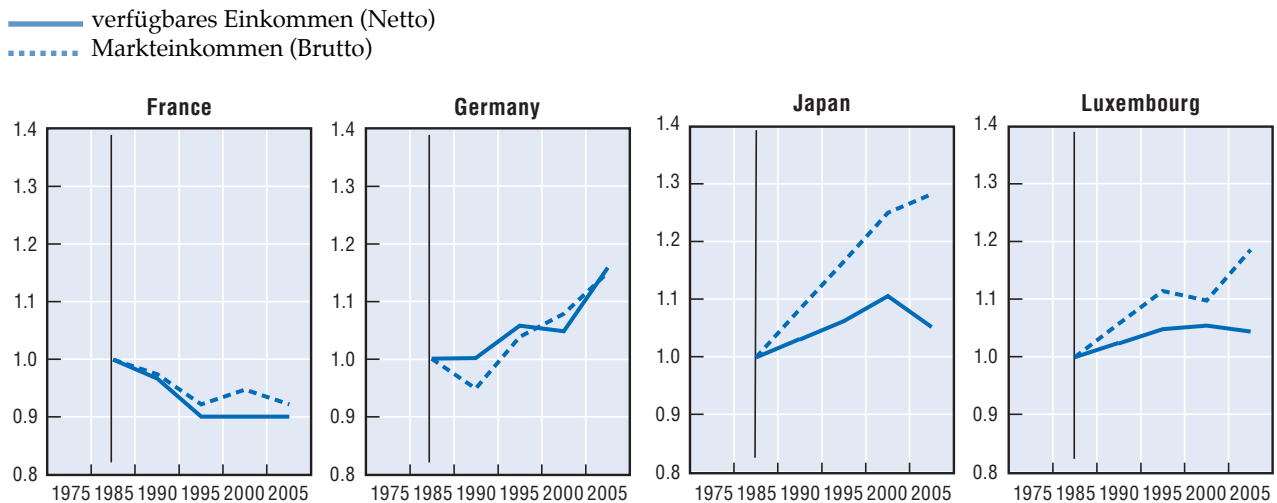
Im zeitlichen Verlauf erkennt man allerdings eine deutliche Tendenz zur Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland (Abb. 2). Auffällig ist hier, dass die Ungleichheit der Brutto- und Nettoeinkommen im Zeitverlauf zunimmt. In anderen OECD Ländern wie Japan und Luxemburg verbleibt die Ungleichheit der Nettoeinkommen trotz zunehmender Ungleichheit des Markteinkommens weitgehend stabil, in Frankreich nimmt sie in diesem Zeitraum ab. Deutschland liegt bei der Ungleichheit der Nettoerwerbseinkommen nach einer aktuellen Untersuchung unterhalb des Durchschnitts von 30 Industrienationen, weist aber seit Mitte der 1990er Jahre die stärkste Zunahme an Einkommensungleichheit auf.¹ Somit sind vier Punkte festzuhalten:

1. Deutschland weist eine vergleichsweise hohe Ungleichheit der Markteinkommen auf (Abb. 1).
2. Durch staatliche Eingriffe wird diese Ungleichheit deutlich verringert, so dass Deutschland internatio-

nal ein unterdurchschnittliches Ungleichheitsniveau aufweist (Abb. 1).

3. Seit Mitte der 1990er Jahre ist eine deutliche Zunahme der Ungleichheit bei den Markt- und ebenso bei den verfügbaren Nettoeinkommen zu verzeichnen, die im internationalen Vergleich besonders ausgeprägt ist (Abb. 2).
4. Im Vergleich zu anderen Ländern wird die Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland kaum korrigiert, so dass parallel zur Ungleichheit der Bruttoeinkommen die Ungleichheit der Nettoeinkommen zunimmt (Abb. 2).

Abb. 2: Entwicklung der Einkommensungleichheiten in Frankreich, Deutschland, Japan und Luxemburg, 1985-2005



Gini-Koeffizient basierend auf die Verteilung von Markt- und verfügbaren Einkommen, Index (1985)
 Quelle: OECD 2008: 33.

Die Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“

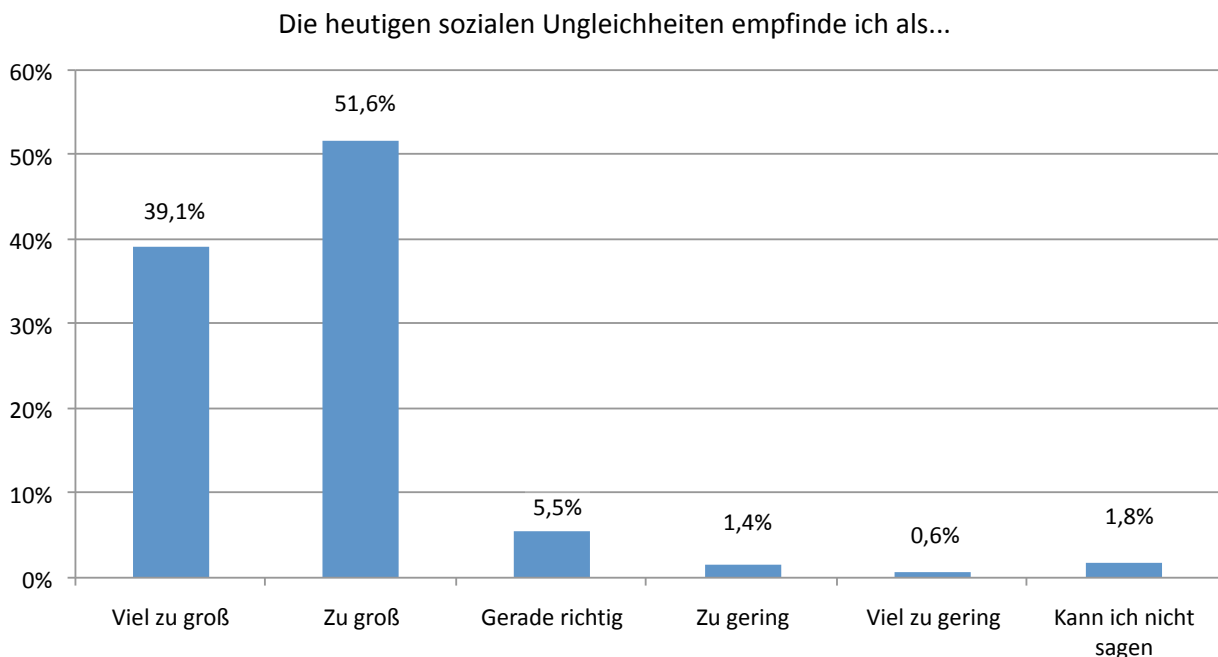
In der Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“ wurden im Jahr 2009 etwa 1.600 Personen befragt, die zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz in Deutschland hatten und über 18 Jahre alt waren. Die Teilnehmer wurden mittels postalischer Befragung, Online-Befragung oder in persönlichen Interviews um ihre Einschätzungen gebeten. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle herzlich gedankt – allein ihre Bereitschaft zur Teilnahme ermöglicht es, die nachfolgenden Ergebnisse zu berichten.

Das zentrale Anliegen der Studie ist es, genaueren Aufschluss darüber zu erhalten, wie sich die Menschen eine gerechte Einkommensverteilung vorstellen. Dazu wurde zunächst anhand von zwei Fragen ermittelt, wie die bestehende Ungleichheit in Deutschland bewertet wird. Alle Teilnehmer der Studie wurden um ihre allgemeine

Einschätzung von sozialer Ungleichheit in Deutschland und um ihre Meinung zur zukünftigen Entwicklung der Ungleichheit gebeten. Fast 90 Prozent der Befragten empfinden die soziale Ungleichheit in Deutschland als zu groß oder viel zu groß (Abb. 3). Bei Menschen, die seit ihrer Geburt überwiegend in den neuen Bundesländern gelebt haben, liegt dieser Anteil sogar bei 95 Prozent. Nur knapp acht Prozent aller Befragten betrachten die soziale Ungleichheit als gerade richtig oder sogar zu klein.

Hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten zehn Jahren geht die überwältigende Mehrheit von einer Zunahme der sozialen Ungleichheit aus (Abb. 4).² Diese Einschätzung deckt sich mit den Ergebnissen aus anderen sozialwissenschaftlichen Studien,³ in denen die Menschen ebenfalls angegeben haben, dass sie die Einkommensunterschiede als zu groß empfinden. Im Zeitverlauf sinkt die Akzeptanz des aktuellen Ausmaßes sozialer Ungleichheit seit den 1980er Jahren.

Abb. 3: Bewertung der sozialen Ungleichheit in Deutschland

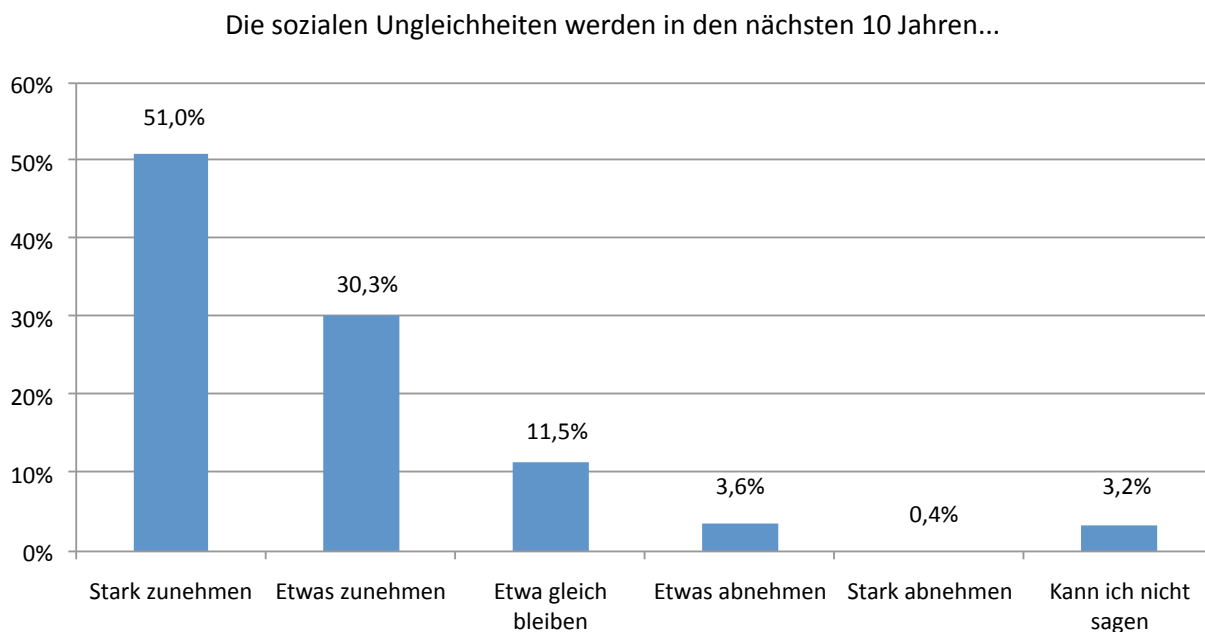


Quelle: Eigene Berechnungen; 1.590 Befragte

² Bei dieser Frage sind keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen.

³ Noll, H.-H. und B. Christoph, 2004: Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit. Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. S. 97-125 in: Schmitt-Beck, R., M. Wasmer und A. Koch (Hrsg.), Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Abb. 4: Erwartete soziale Ungleichheit in den nächsten zehn Jahren



Quelle: Eigene Berechnungen; 1.634 Befragte

Wir können demnach festhalten, dass der tatsächliche Anstieg der Ungleichheit des Brutto- und Nettoeinkommens von der Mehrzahl der Befragten in der vorliegenden Studie kritisch bewertet wird. Weiterhin besteht die Erwartung, dass die Ungleichheit in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Doch deckt sich diese allgemeine Einschätzung mit dem Urteil über das eigene Einkommen? Bewerten die Menschen in Deutschland die am eigenen Einkommen spürbare Ungleichheit in gleicher Weise oder gar noch kritischer und nehmen sie insbesondere ihr eigenes Erwerbseinkommen als (un-)gerecht wahr?

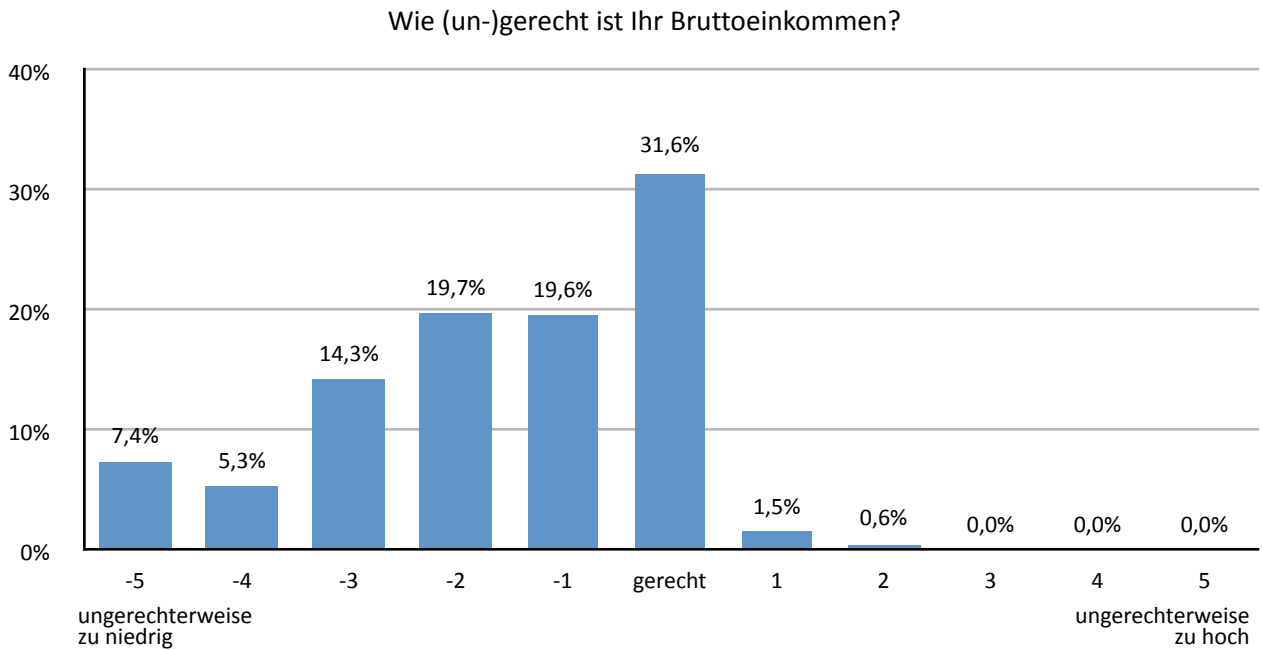
Als wie gerecht beurteilen die Befragten ihr eigenes Einkommen?

Wie eingangs erläutert, ist neben generellen Gerechtigkeitseinschätzungen das persönliche Ungerechtigkeitsempfinden von wissenschaftlichem wie praktischem Interesse. Erlebte Ungerechtigkeit wirkt sich nach der aktuellen Forschung nachteilig auf die Gesundheit, die Arbeitsleistung und die Zufriedenheit aus. In der Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“ wurden daher alle Erwerbstätigen gefragt, wie gerecht sie ihr eigenes Bruttoeinkommen (Markteinkommen) einschätzen. Etwa ein Drittel der Erwerbstätigen beurteilen ihr Einkommen als gerecht, etwa zwei Drittel als ungerechterweise zu niedrig und nur eine sehr kleine Minderheit empfindet ihr Einkommen als ungerechterweise zu hoch (Abb. 5). Diese Gerechtigkeitsurteile sind sehr stark abhängig von der Höhe des Bruttoeinkommens. Der Anteil an Erwerbstätigen, welche ihr Einkommen als ungerecht bewerten, sinkt mit zunehmendem Bruttoeinkommen. So betrachten 80 Prozent der befragten Erwerbstätigen mit einem Bruttoeinkommen unter 2.000 Euro ihr Einkommen als ungerecht, hingegen etwa 50 Prozent der Befragten, die ein Bruttoeinkommen über 3.000 Euro

erzielen (Abb. 6). Unterschiede gibt es in ähnlicher Weise zwischen unterschiedlichen Erwerbstätigen Gruppen. Insbesondere Arbeiter (71,5 Prozent) und Selbstständige (68,5 Prozent) empfinden ihr Einkommen als ungerech-

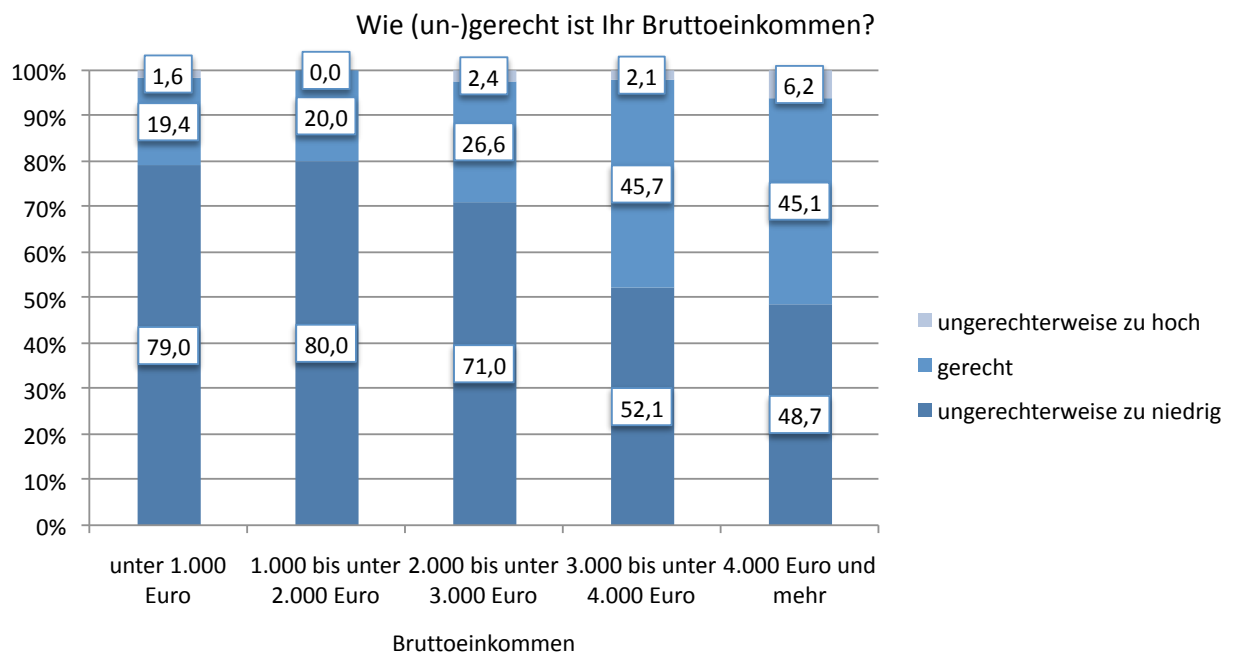
terweise zu niedrig. Beamte beurteilen hingegen ihr Einkommen zu einem größeren Teil als gerecht (Abb. 7).

Abb. 5: Gerechtigkeit des eigenen Einkommens



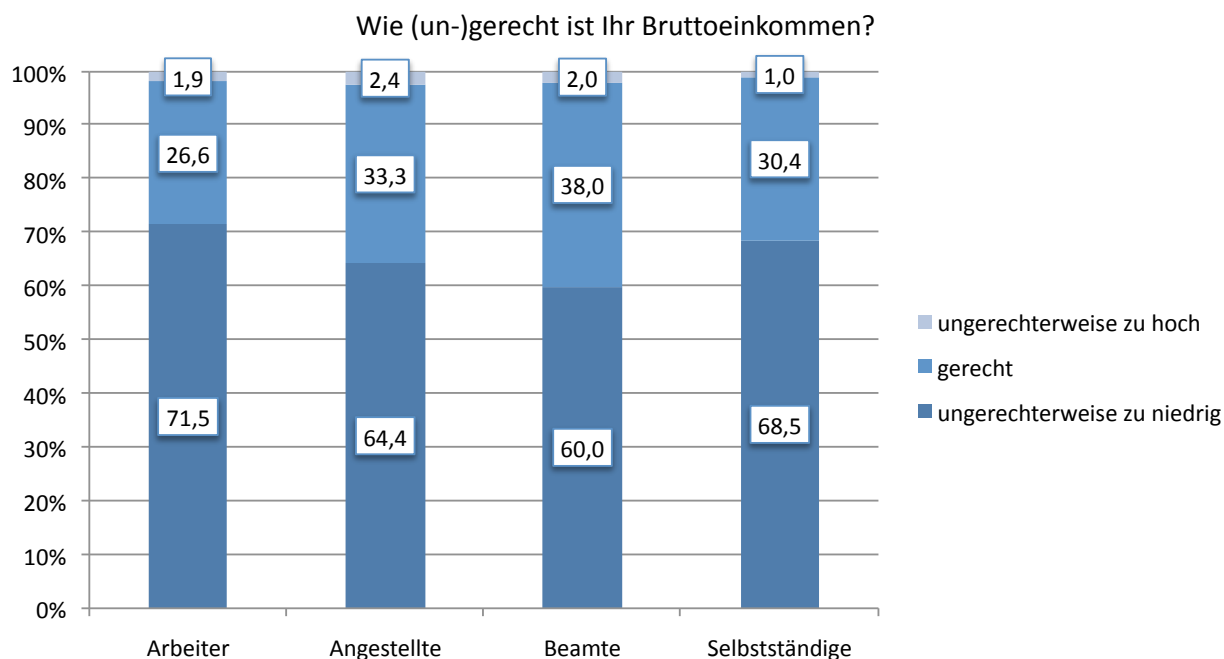
Quelle: Eigene Berechnungen; 730 Befragte

Abb. 6: Gerechtigkeit des eigenen Einkommens nach Bruttoeinkommen der Befragten



Quelle: Eigene Berechnungen; 608 Befragte

Abb. 7: Gerechtigkeit des eigenen Einkommens nach beruflicher Stellung der Befragten



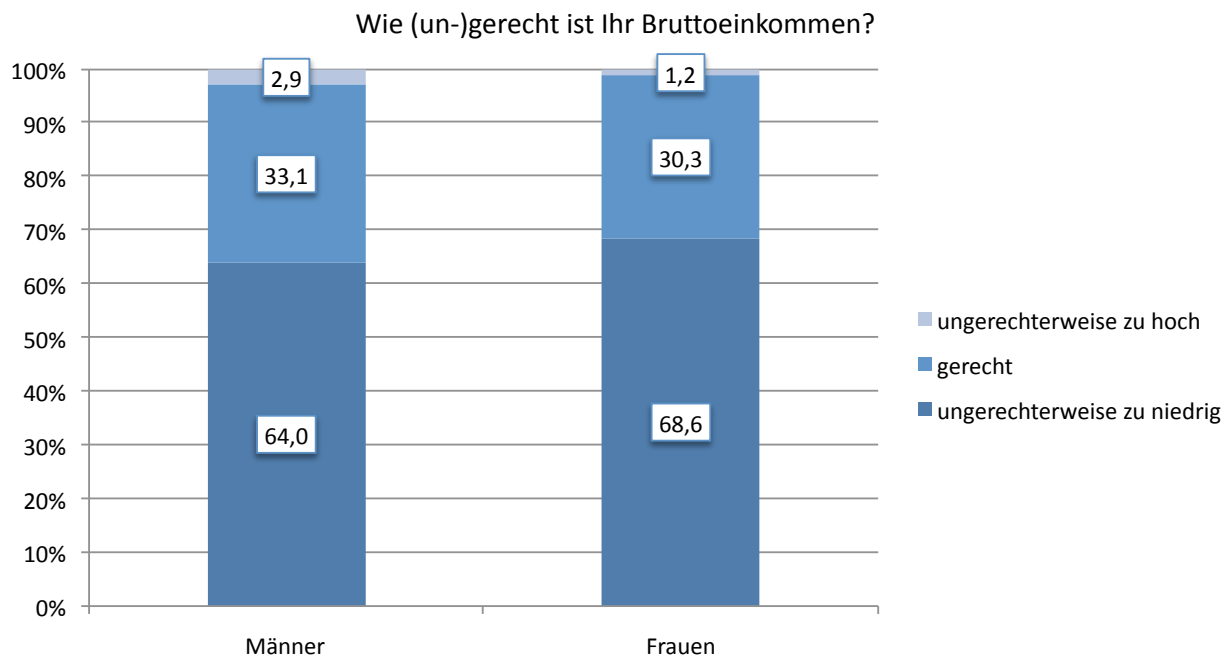
Quelle: Eigene Berechnungen; 721 Befragte

Bemerkenswert ist, dass sich die Einschätzung zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern kaum unterscheidet (Abb. 8). Dazu muss man sich vor Augen führen, dass Frauen in Deutschland mit einem niedrigeren Bruttoeinkommen als vergleichbar ausgebildete und erfahrene Männer rechnen müssen. Diese Entlohnungslücke zwischen Männern und Frauen ist im internationalen Vergleich in Deutschland sehr groß. Vor dem Hintergrund dieser Benachteiligung wäre eigentlich zu erwarten, dass Frauen ihr Bruttoeinkommen als ungerechter bewerten als Männer. Trotz des geringeren Bruttoeinkommens lässt sich aber kein größeres Ungerechtigkeitsempfinden bei Frauen nachweisen. Erklären kann man diesen Befund damit, dass Menschen die Gerechtigkeit des eigenen Einkommens am Gehalt von Personen oder Gruppen bemessen, die ähnliche Merkmale aufweisen wie sie selbst. Dementsprechend vergleichen sich Frauen vor allem mit anderen Frauen und Männer mit anderen Männern.

Auf der Grundlage der Daten können auch Aussagen darüber getroffen werden, welches Ausmaß an Einkommensungleichheit in Deutschland existieren würde,

wenn jeder das Einkommen erhielte, das er selbst für sich als gerecht ansieht. Die befragten Erwerbstätigen waren in der Studie aufgefordert, dieses nach ihrer Meinung gerechte Markteinkommen für ihre Tätigkeit (in Euro) zu nennen. Falls in diesem Sinne jeder sein gerechtes Einkommen erhalten könnte, würde sich das Ausmaß an Einkommensungleichheit verringern. Bemisst man die Ungleichheit der Markteinkommen nach dem bereits verwendeten Gini-Koeffizienten, so würde sie um elf Prozent zurückgehen. Eingeordnet in die in Abbildung 1 dargestellte Reihung der einzelnen Länder nach Ungleichheit der Markteinkommen hieße dies, dass Deutschland in dieser „gerechten Welt“ das gleiche Ausmaß an Einkommensungleichheit aufweisen würde wie Kanada. Auch in einer derart „gerechten Welt“ existieren demnach Einkommensungleichheiten – nicht jeder sollte das gleiche bekommen –, aber die Unterschiede wären geringer ausgeprägt, als sie es aktuell sind. Wenn nicht jeder das gleiche Markteinkommen erzielen soll, woran bemisst sich dann in der Einschätzung der Befragten ein als gerecht empfundener Lohn?

Abb. 8: Gerechtigkeit des eigenen Einkommens nach Geschlecht der Befragten



Quelle: Eigene Berechnungen; 728 Befragte

Woran bemisst sich ein gerechter Lohn?

Ein gewisses Maß an Ungleichheit wird in Deutschland grundsätzlich als angemessen betrachtet. Wie sich in bisherigen, internationalen Studien zeigt, sollte es vor allem die individuelle Leistung sein, die sich in der Höhe des Einkommens niederschlägt. Regelmäßig sprechen sich zwischen 85 und 95 Prozent der Teilnehmer an Umfragen dafür aus, dass derjenige, der mehr leistet, auch mehr Einkommen erhalten sollte. Es ist also die Leistung, mit der Unterschiede in der Entlohnung gerechtfertigt werden. Damit verbindet sich oftmals zugleich die Vorstellung, dass nur dann, wenn es ausreichend hohe Belohnungen für die erbrachten Leistungen gibt, die Leute bereit sind, sich bei der Arbeit anzustrengen.

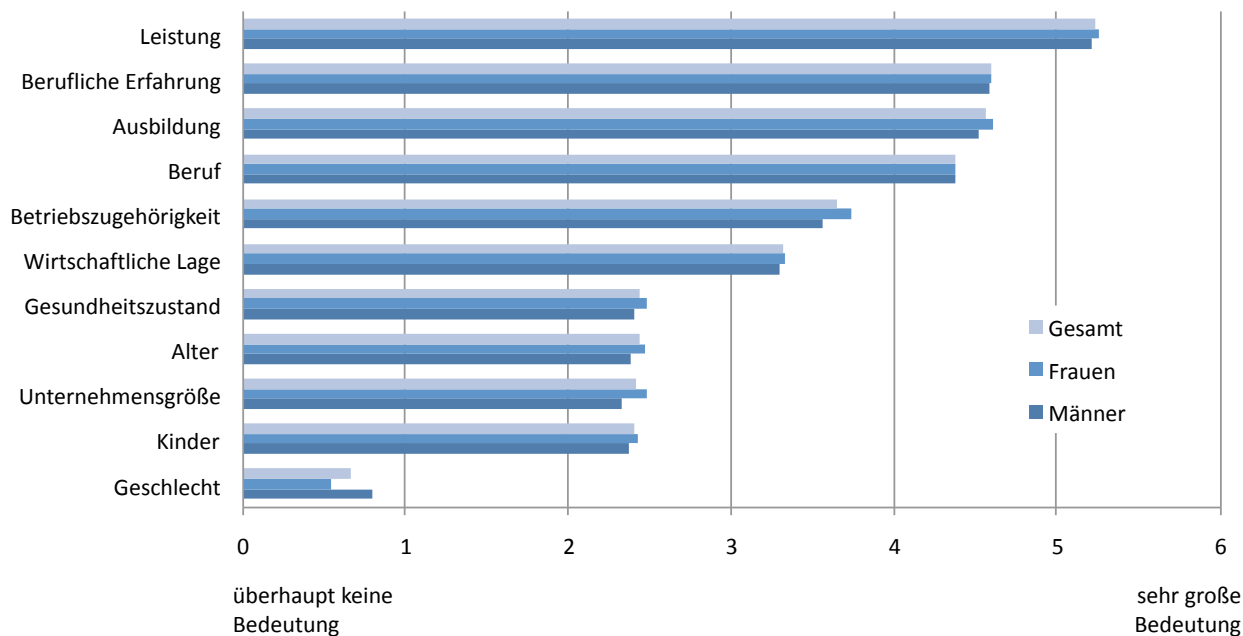
Aber nicht nur die Leistung wird als wichtiger Faktor für die Entlohnung eingeschätzt, sondern es werden

ebenso andere Merkmale der Personen oder ihrer Lebensumstände als wichtig empfunden. So sind manche der Meinung, dass das individuelle Einkommen hoch genug sein sollte, um den alltäglichen Bedarf für sich und die Familie decken zu können. Aber inwieweit sind solche, über die Leistung hinausgehende Gesichtspunkte tatsächlich für die Einkommensgerechtigkeit wichtig?

Den Befragten der vorliegenden Studie wurden eine Reihe anderer möglicher Kriterien für die Höhe eines gerechten Bruttoeinkommens vorgelegt. Jedes dieser Kriterien sollte nach seiner Wichtigkeit bewertet werden. Wenig überraschend ist, dass die persönliche Leistung am Arbeitsplatz der wichtigste Aspekt ist (Abb. 9). Zugleich sprechen sich die Befragten dafür aus, dass die Berufserfahrung, die Ausbildung und die Art des ausgeübten Berufs bei der Festsetzung des Lohnes eine Rolle spielen sollen.

Abb. 9: Kriterien für die Festsetzung eines gerechten Bruttoeinkommens nach Geschlecht der Befragten (direktes Befragungsverfahren)

Woran bemisst sich ein gerechtes Bruttoeinkommen?



Quelle: Eigene Berechnungen; Mittelwerte; 1.490 Befragte

Darüber hinaus sollten sich aus Sicht der Befragten die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens im jeweiligen Einkommen niederschlagen. Je länger eine Person in einem Unternehmen beschäftigt ist, desto höher ist ihr Anspruch auf eine Gegenleistung in Form höheren Einkommens.⁴ Der zweite Gesichtspunkt, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, spiegelt die Bereitschaft von Beschäftigten wider, auch Faktoren zu berücksichtigen, die unabhängig von der individuellen Leistung einer Person sind bzw. die Gesamtsituation eines Unternehmens betreffen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehen demnach gerechte Löhne anders aus als in wirtschaftlich guten Zeiten.

Individuelle Merkmale, die nicht direkt mit Leistung in Verbindung gebracht werden müssen – Gesundheitszustand, Alter, Anzahl der Kinder, Geschlecht – spielen eher eine untergeordnete Rolle für ein gerechtes Einkommen. Insbesondere das Geschlecht wird von den Befragten als unwichtig erachtet.

Durch die Berücksichtigung einzelner Kriterien für die Höhe der Entlohnung können unterschiedliche Gruppen in einer Gesellschaft mehr oder weniger Einkommen erhalten. Belohnungen für ihre Ausbildung erzielen etwa diejenigen, die tatsächlich über eine hohe Qualifikation verfügen. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Befragten solche Merkmale höher bewerten, von denen sie selbst profitieren. Interessanterweise unterscheidet sich die Wichtigkeit einzelner Kriterien in ihrer Reihenfolge kaum zwischen Männern und Frauen. Mit einer Ausnahme: Für Männer ist das Kriterium Geschlecht wichtiger für die Lohnhöhe als für Frauen. Weiter ist zu beobachten, dass mit steigendem Alter der Befragten die Merkmale Berufserfahrung und Gesundheitszustand an Bedeutung gewinnen. Beides sind Merkmale, von deren Berücksichtigung vor allem ältere Arbeitnehmer profitieren. In das Bild, das vor allem der eigenen Person zugute kommende Merkmale befürwortet werden, passt zudem, dass die Anzahl der Kinder von jüngeren Befragten, insbesondere solchen aus der Gruppe der

⁴ Dieses Senioritätsprinzip spielt besonders dann eine Rolle, wenn Beschäftigte entlassen werden sollen, wie eine neuere Studie von Struck, Krause und Pfeifer zeigen konnte (vgl. Struck, O., A. Krause und C. Pfeifer, 2008: Entlassungen: Gerechtigkeitsempfindungen und Folgewirkungen. Theoretische Konzepte und empirische Ergebnisse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 60: 102-122).

35- bis 44-Jährigen, als wichtiger erachtet wird als von den übrigen. Die 35- bis 44-Jährigen haben besonders oft Kinder, die noch im Haushalt leben und daher durch das familiäre Markteinkommen mitversorgt werden müssen.

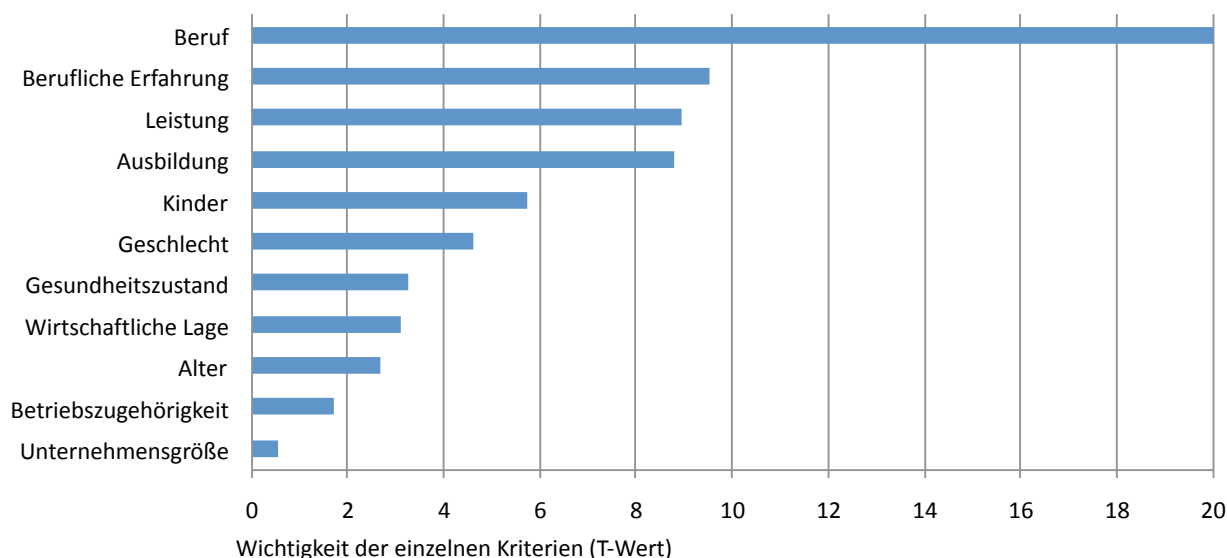
In der Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“ wurden zwei Wege beschritten, um mehr über die Kriterien zu erfahren, die für die Höhe eines gerechten Lohnes bedeutsam sind. Bei der herkömmlichen Methode – deren Ergebnisse gerade vorgestellt wurden – wird direkt nach der Wichtigkeit einzelner Kriterien gefragt. Dieses Vorgehen ist jedoch sehr künstlich, da sich die Befragten keine konkreten Personen vorstellen können, sondern die Merkmale getrennt von „Merkmalsträgern“ (Menschen) beurteilen sollen. Dies wird durch das neue Befragungsverfahren (in der Fachsprache „Faktorieller Survey“ oder „Vignettenstudie“ genannt) dadurch überwunden, dass den Befragten verschiedene Personen vorgestellt werden, die sich in einkommensrelevanten Merkmalen unterscheiden. Beispielsweise wird der Fall eines 50-jährigen Mannes mit Berufsabschluss, der für seine Tätigkeit als Lokführer ein monatliches Bruttoeinkommen von 2.500 Euro erhält, geschildert. Die Befragten sollen eine Reihe solcher

Beispielfälle im Hinblick auf die Gerechtigkeit des Einkommens bewerten. Dadurch lässt sich dann mit Hilfe von statistischen Verfahren abschätzen, welche Bedeutung jedem einzelnen der Merkmale (Alter, Geschlecht, Ausbildung, Beruf etc.) zugewiesen wird.

Stellt man nun die Ergebnisse der herkömmlichen Methode den Ergebnissen der neuen Methode gegenüber, zeigen sich einige Verschiebungen in der relativen Wichtigkeit der einzelnen Kriterien (Abb. 10). So ist in der direkten Abfrage die persönliche Leistung das wichtigste Kriterium (Abb. 9), in dem indirekten Verfahren mit Beispielpersonen ist es aber der ausgeübte Beruf. Vor allem wer in einem angesehenen Beruf arbeitet, sollte also mehr verdienen. Überraschend ist aber besonders die deutlich größere Bedeutung des Merkmals Geschlecht und der Anzahl der Kinder in der indirekten Abfrage. Während das Geschlecht bei der direkten Abfrage keine Bedeutung haben sollte, spielt es bei dem indirekten Verfahren sehr wohl eine Rolle – und zwar in dem Sinne, dass Männern mehr Einkommen zugestanden wird als Frauen mit ansonsten gleichen Merkmalen (Ausbildung, Alter etc.).

Abb. 10: Kriterien für die Festsetzung eines gerechten Bruttoeinkommens (indirektes Befragungsverfahren)

Woran bemisst sich ein gerechtes Bruttoeinkommen?
(Ergebnisse der neuen Befragungsmethode)



Quelle: Eigene Berechnungen; 545 Befragte

Neben dem Geschlecht als leistungsunabhängigem Merkmal findet auch die Anzahl der Kinder eine stärkere Berücksichtigung in der indirekten Abfrage. Dies deutet auf ein Verständnis von Einkommensgerechtigkeit hin, das auch den Bedarf eines Menschen – hier der zusätzliche Versorgungsaufwand für Kinder – bei der Festlegung der Lohnhöhe mit einbezieht. Gleichzeitig werden die Merkmale Betriebszugehörigkeit und wirtschaftliche Lage des Unternehmens als deutlich weniger wichtig eingeschätzt. Insgesamt weisen diese Verschiebungen darauf hin, dass leistungs- und bedarfsbezogenen Merkmalen eine wichtigere Rolle bei der indirekten Bewertung von Einkommensgerechtigkeit zukommt als es durch das herkömmliche Verfahren festgestellt wurde.

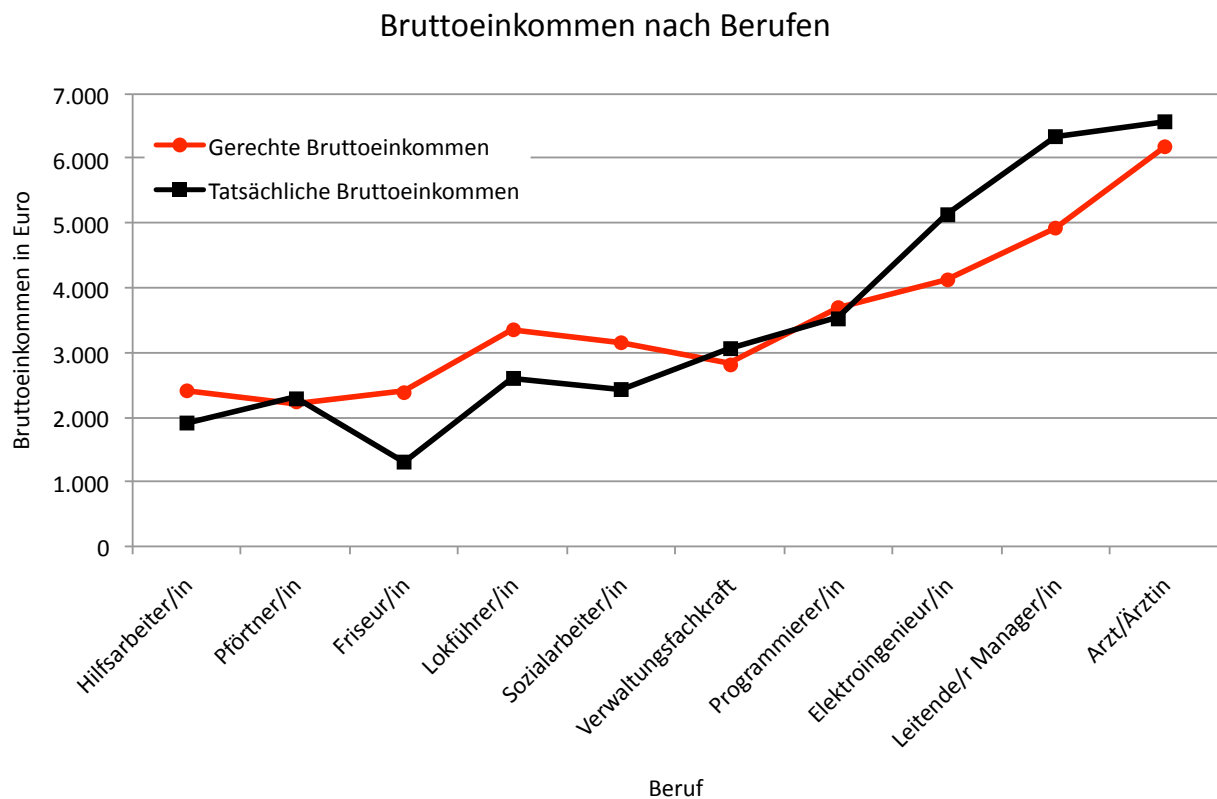
An diesem Ergebnis lässt sich der Nutzen des neuen Befragungsverfahrens abschätzen. Fragen wir direkt nach der Relevanz einzelner Merkmale, so wird beispielsweise das Geschlecht als unwichtig eingeschätzt. Ob eine bestimmte Tätigkeit von einem Mann oder einer Frau verrichtet wird, soll keinen Einfluss auf die Höhe des Bruttolohns haben. Doch die bestehenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen laufen dieser Ansicht zuwider. Anders gefragt: Wenn in einer Gesellschaft weitgehende Einigkeit darüber besteht, dass das Geschlecht keine Bedeutung für die Entlohnung haben soll, warum beobachten wir trotzdem – auch im internationalen Vergleich – deutliche Einkommensunterschiede? Ganz offenbar ist die alltägliche Praxis – sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer – von einem anderen Muster bestimmt. Genau dies wird in unseren Ergebnissen sichtbar und wäre eine mögliche Erklärung dafür, warum sich geschlechtsspezifische Lohnunterschiede immer noch halten können: Die tatsächlichen Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern existieren auch deshalb, weil es aus der Sicht vieler Beteiligten immer noch „gerecht“ ist, Männer besser zu bezahlen als Frauen.

Wird die Lohnungleichheit in Deutschland als gerecht wahrgenommen?

In Deutschland nimmt die Lohnungleichheit wie oben beschrieben im Zeitverlauf zu. Im Mittel verdienen Ärzte 6.000 Euro brutto im Monat, Hilfsarbeiter dagegen etwas über 1.800 Euro. Sind diese Einkommen in den Augen der Teilnehmer der Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“ gerecht oder sind sie ungerechterweise zu hoch oder zu niedrig? Es ist bereits deutlich geworden, dass insbesondere der ausgeübte Beruf für das Urteil der Einkommenshöhe ausschlaggebend ist. Mit statistischen Verfahren kann auf Basis der Urteile der Befragten errechnet werden, wie hoch das gerechte Markteinkommen (Bruttoeinkommen) nach Meinung der Befragten für bestimmte Berufe sein sollte.

Stellt man die Lohnstruktur „gerechter Bruttoeinkommen“ den tatsächlichen Bruttoeinkommen für die genannten Berufe in Deutschland gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild (Abb. 11): Die schwarze Linie kennzeichnet die tatsächlich in Deutschland bestehenden durchschnittlichen Einkommen und die rote Linie die Höhe eines gerechten Lohnes für die einzelnen Berufe auf Basis der Bewertungen der Befragten. Im Ergebnis liegen die tatsächlichen Einkommen (schwarze Linie) und die gerechten Einkommen (rote Linie) recht nahe beieinander. Allerdings ist die Kurve der gerechten Einkommen weniger steil als die Lohnstruktur in der Wirklichkeit. Dies bedeutet, dass die Menschen in Deutschland zwar eine ungleiche Verteilung der Markteinkommen als gerecht ansehen, dass sie aber gleichzeitig Eingriffe in diese Marktverteilung als geboten betrachten. Beschäftigte in Berufen mit tatsächlichen mittleren und niedrigeren Bruttoeinkommen sollten aus Sicht der Befragten mehr, Beschäftigte in Berufen mit hohem Einkommen dagegen weniger verdienen. Wiederum wird deutlich, dass Gerechtigkeit nicht Gleichheit – im Sinne gleicher Einkommen –, sondern Ungleichheit mit weniger extremen Einkommen bedeutet.

Abb. 11: Gerechte und tatsächliche Einkommensungleichheit in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen; Mikrozensus 2006 für Deutschland

Fazit

Die Einkommensstruktur in Deutschland ist durch ein Ausmaß an Ungleichheit gekennzeichnet, das von den meisten Menschen als zu groß wahrgenommen wird. Gleichzeitig empfinden 2009 rund zwei Drittel der Erwerbstätigen ihr Einkommen als ungerechterweise zu niedrig, wobei das Gerechtigkeitsempfinden von der eigenen sozialen Lage abhängig ist. Menschen mit einem hohen Einkommen und Beamte und Angestellte empfinden ihr Einkommen als vergleichsweise gerecht.

Anhand zweier Befragungsmethoden wurden die Teilnehmer der Studie „Einkommensgerechtigkeit in Deutschland“ nach ihrer Einschätzung gefragt, welche Gesichtspunkte bei der Festsetzung eines gerechten Lohnes entscheidend sind. Insgesamt stimmen die Befragten überein, dass der ausgeübte Beruf, die persönliche Leistung am Arbeitsplatz und die Berufserfahrung die größte Bedeutung für das Markteinkommen haben sollten. Demgegenüber wird Merkmalen wie dem Alter,

der Dauer der Betriebszugehörigkeit oder dem Gesundheitszustand nur eine geringe Bedeutung zugemessen.

Die Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass Einkommensungleichheiten zwischen Berufen als gerecht angesehen werden. Gleichwohl wird das Ausmaß an Ungleichheit begrenzt: Einkommen an den beiden Rändern der Einkommensverteilung (von Niedrig- und Topverdienern) werden als ungerecht zu niedrig bzw. zu hoch wahrgenommen.